8A6LniQo

STADT UND REGION

Heute in der LZ

Landkreis (I) Seite 14
Kinderpflege und Co.: Infotag an den Berufsfachschulen

Landkreis (II) Seite 17
Winterwochenende: LZ-Leser waren mit dem Foto unterwegs

Niederaichbach Seite 18
Waldkindergarten: Positive Bilanz beim Förderverein

Stadt Landshut Seite 25
Westtangente: Widerstand von den Grünen und der ÖDP

Heimatanzeigen Seite 31

Kalenderblatt Seite 20

Ihre Ansprechpartner in der Redaktion

Landkreis Landshut

Mail: landkreis@landshuter-zeitung.de
Fax: 0871-850-2819
Michael Faaß 0871-850-2812
Thomas Utz 0871-850-2813
Erich Vohburger 0871-850-2811

Stadt Landshut

Mail: stadtred@landshuter-zeitung.de
Fax: 0871-850-2819
Bernhard Beez 0871-850-2815

Ihre Ansprechpartner im Verlag

Anzeigenabteilung

Mail: anzeigen@landshuter-zeitung.de
Telefon: 0871-850-2510

Vertrieb/Aboservice

Mail: vertrieb@landshuter-zeitung.de
Telefon: 0871-850-2410

Sprechstunde Epilepsieberatung

Die Epilepsieberatung Niederbayern (Außenstelle Landshut, am Sozialpädiatrischen Zentrum, Kinderkrankenhaus St. Marien, Grillparzerstraße 9) bietet noch bis diesen Donnerstag, 2. Februar, Sprechzeiten für Betroffene, Angehörige und andere Ratsuchende an. Die Beratungsstelle ist auch Ansprechpartner für Ärzte und Angehörige anderer Berufsgruppen, die Epilepsiekranke betreuen. Terminvereinbarungen sind unter Telefon 0871/ 852 13 14 möglich.

„Sicherheit wird nicht gewährleistet“

Bund Naturschutz bekräftigt seine Klage gegen Rückbau des Atomkraftwerks Isar 1

Von Siegfried Rüdenauer

Der Landesvorsitzende des Bund Naturschutz (BN), Prof. Dr. Hubert Weiger, hat gestern auf einer Pressekonferenz in Landshut das Vorhaben seiner Organisation bekräftigt, gegen den Rückbau des Atomkraftwerks Isar 1 zu klagen. Nicht etwa, weil der BN für eine Laufzeitverlängerung eintrete, sondern allein aus Sicherheitsgründen, betonte Weiger im Gasthaus zur Insel. Das Umweltministerium hatte kürzlich wie berichtet den vom Betreiber Preussen-Elektra beantragten Rückbau genehmigt, der im Frühjahr begonnen werden soll.

Links ist das Atomkraftwerk Isar 2, rechts Isar 1 bei Niederaichbach zu sehen. Foto: Klaus Leidorf

BN-Landesgeschäftsführer Peter Rottner kündigte gestern an, dass die Klage rechtzeitig eingereicht werde, um den Rückbau zu verhindern. Dies sei machbar, aber kompliziert, denn der Bescheid des Ministeriums sei aus sich heraus nicht verständlich. Rottner, der auch Fachanwalt für Verwaltungsrecht ist, sagte: „Ich habe noch selten einen so schlanken Genehmigungsbescheid gesehen.“ Es handle sich lediglich um fünf Seiten, die auf 17 weitere Papiere verwiesen. Nun gehe es darum, Akteneinsicht zu bekommen und zu versuchen, eine Eilverfügung zu erreichen. Rottner ist verärgert über die Vorgehensweise des Ministeriums. Dem Bund Naturschutz bleibe gar nichts anderes übrig als zu klagen. Man habe versucht, mit der Ministerin zu reden, doch am Tag der Vorbereitung zum Gespräch sei der Bescheid erlassen worden.

BN-Landeschef Weiger kritisierte, dass nach aktuellem Stand der Genehmigung die Sicherheit der Bevölkerung im Falle eines Kraftwerk-Rückbaus nicht gewährleistet sei. Er forderte, das Zwischenlager dringendst in einen Zustand zu versetzen, damit den heutigen Erkenntnissen wenigstens ansatzweise Rechnung getragen werde. Heftige Kritik übte er an den Energiekonzernen: „Die Betreiber haben sich freigekauft.“ Das Verursacherprinzip werde ausgehebelt auf Kosten nachfolgender Generationen. Für den BN-Landesbeauftragten Richard Mergner ist klar: „Das Ministerium schützt die Bevölkerung zu wenig.“ Staatliche Stellen übernähmen einfach die Sicht der Antragsteller, die wiederum möglichst billig davonkommen wollten.

Weiger erinnerte daran, dass der Atommüll eine Million Jahre von den Kreisläufen der Natur freigehalten werden müsse. Eine Endlagerstätte sei aber deutschlandweit nicht in Sicht, denn: „Der Schacht Konrad ist nicht sicher, auch nicht Gorleben.“ Gleichzeitig werde so getan, als könne man durch den Rückbau bei Landshut eine „Grüne Wiese“ herstellen. Weiger kritisierte, dass im Genehmigungsverfahren auf kein einziges der BN-Argumente eingegangen worden sei. Besonders gefährlich sei der Umstand, dass mit dem Abriss von Teilen des Atomkraftwerks begonnen werden solle, bevor das Nasslager entleert worden sei, in dem noch 1734 hochradioaktive Brennstäbe steckten. Weigers Fazit zu einem Rückbau in der jetzigen Situation: „Die Sicherheit wird nicht gewährleistet.“

Kathy Mühlebach-Sturm, Vorsitzende der BN-Kreisgruppe Landshut, bezeichnete das Reden von einer Grünen Wiese als reine Augenwischerei. Selbst der Betreiber gehe davon aus, dass über 90 Prozent des radioaktiven Inventars vor Ort bleiben würden. Mühlebach-Sturm und ihre Mitstreiter fordern aus Sicherheitsgründen eine „heiße Zelle“, in der Castoren-Behälter aus dem Zwischenlager repariert werden könnten. Denn eines müsse klar sein, sagte Rottner: Bis ein Endlager gefunden werde, müssten radioaktive Castoren womöglich noch bis zum Jahr 2100 in der Region bleiben. Und so lange dürfe radioaktives Material nicht ungeschützt gelagert werden.

Flächenschutz und B 15 neu

Auf der Pressekonferenz, die als Bilanzgespräch für Niederbayern terminiert war, erläuterten die BN-Leute auch das, was aus ihrer Sicht positiv ist. Weiger sprach stolz über steigende Mitgliederzahlen der Naturschutzorganisation besonders in Niederbayern. Die Kreisgruppe Landshut hat demnach um 1000 auf fast 6000 Mitglieder zugelegt. Zu den wesentlichen Schwerpunkten gehört der Flächenschutz. Der BN-Landeschef sprach von einer katastrophalen Situation, denn fruchtbarster Boden werde in kürzester Zeit überbaut. Deshalb werde der BN weiter gegen Flächenverbrauch mobilisieren. In der Politik gebe es kaum ein Bodenschutzbewusstsein, obwohl die bayerische Verfassung eine entsprechende Passage liefere.

Seit vielen Jahren ist der Bund Naturschutz gegen die von ihm als „Transitautobahn“ bezeichnete B 15 neu aktiv. Mergner sprach sich gegen neue „Straßenbauorgien“ aus. Der Kampf gehe weiter. Reinhold König von der Kreisgruppe Landshut sagte, dass der geplante Weiterbau nicht dazu diene, den Ziel- und Quellverkehr zu entlasten, sondern den Großraum München. Statt einer B 15 neu oder einer Westtangente um Landshut empfahl der BN eine Osttangente. Und Kreisgruppenvorsitzende Mühlebach-Sturm forderte ein besseres ÖPNV-Angebot, um Pendler von und nach Landshut zu befördern.

Mühlebach-Sturm machte sich außerdem gegen weitere Tiermastanlagen in der Region stark, weil sie zu viel Nitrat im Trinkwasser verursachten. Und sie stellte ein Umweltbildungs-Projekt des Landshuter BN-Mitglieds Philipp Herrmann vor. Der „Vogel-Philipp“ hat eine Vogelstimmen-Hotline initiiert. Dabei kann man Vogelstimmen aufnehmen und per whatsapp-Sprachnachricht bestimmen lassen. Der Passauer BN-Chef Karl Haberzettl machte sich für ein gemeinsames Luchs-Monitoring mit Tschechien stark und informierte über grenzüberschreitende Wiederherstellung von Mooren.

Das Bild zeigt (von links) Karl Haberzettl, Peter Rottner, Kathy Mühlebach-Sturm, Hubert Weiger, Richard Mergner und Reinhold König. Foto: rüd

Umweltministerium: Ängste erzeugen ist „unredlich“

Betreiber von Sicherheit der Abbaupläne überzeugt – Noch keine Klage bei anderen Rückbauprojekten

Von Stefanie Wieser

Unverständnis herrscht zu der angestrebten Klage des Bundes Naturschutz gegen den Rückbau des KKI 1 sowohl beim Betreiber Preussen-Elektra, als auch beim Bayerischen Umweltministerium, das die Genehmigung für den Rückbau erteilt hat. Beide sind von der Rechtmäßigkeit der Genehmigung überzeugt. Wie lange sich der für das zweite Quartal angestrebte Beginn der Maßnahmen verzögern wird, ist mangels vergleichbarer Klagen noch nicht absehbar.

„In einem Rechtsstaat steht es jedermann frei, sich im Rahmen der Gesetze gegen behördliche Entscheidungen an die Gerichte zu wenden“, erklärt ein Sprecher des Umweltministeriums auf *LZ*-Anfrage zur Klage des BN. Dennoch herrscht am Ministerium Verärgerung: „Es ist unredlich, Ängste in der Bevölkerung vor dem geplanten Abbau des Kernkraftwerks Isar 1 zu erzeugen“, so der Sprecher weiter. „Die Genehmigung des Abbaus erfolgte nach eingehender Erörterung der im Verfahren abgegebenen Einwendungen und intensiver behördlicher und gutachterlicher Prüfung des Stilllegungsantrags. Auch das Bundesumweltministerium hat dem Bescheid des Bayerischen Umweltministeriums zum Abbau des KKI 1 zugestimmt“, betont der Sprecher noch einmal.

Der Abbau des Kernkraftwerks erfolge unter den gleichen strengen Sicherheitsvorgaben wie der Betrieb der Anlage. Außerdem unterliegen die Abbaumaßnahmen laut Ministerium der behördlichen Aufsicht. Darüber hinaus wurde ein Kompetenzzentrum Strahlenschutz in Kulmbach eingerichtet, das den Abbau fachlich begleitet – spezieller Fokus liege dabei auf der „Rückwirkungsfreiheit“.

Die Rückwirkungsfreiheit hat auch der Betreiber Preussen-Elektra in den vergangenen Monaten bei der Aufklärungsarbeit zu den Abbaumaßnahmen immer wieder betont. Hintergrund ist, dass die Arbeiten beginnen sollten, während noch 1734 abgebrannte Brennelemente im Reaktorgebäude im Lagerbecken sind. Es sei aber Fakt, „dass keine Rückbaumaßnahme durchgeführt werden wird, die auf die Brennelemente im Abklingbecken Rückwirkung haben könnte“, stellt Bernd Gulich, am KKI zuständig für Kommunikation, noch einmal klar. Wie sich die Sache weiterentwickeln wird, ist allerdings völlig unklar. Derzeit beschäftigt sich die Rechtsabteilung von Preussen-Elektra mit der angekündigten Klage, so Gulich. Vorerst bleibt es dabei: „Die vorbereitenden Maßnahmen für den Rückbau werden weiterlaufen.“ Wie lange sich dann der Beginn der Arbeiten, die unter die Genehmigung fallen, hinauszögern wird, sei schwierig abzuschätzen. Denn der Konzern sah sich bei anderen Kraftwerken, die zurückgebaut wurden und werden sollen, noch nicht mit einer solchen Klage konfrontiert. „Diese Situation ist neu“, so Gulich. Bei den bisherigen Rückbauprojekten Stade und Würgassen wurden die Brennelemente laut Gulich noch zur Wiederaufarbeitung gebracht. Bei den beiden anderen laufenden Rückbaugenehmigungsverfahren Unterweser und Grafenrheinfeld hat Preussen-Elektra aus gleichen Gründen wie am KKI 1 den Rückbau mit Brennelementen beantragt: „Wir würden lieber heute als morgen die Brennelemente ins Zwischenlager bringen. Aber es fehlt schlicht die Einlagerungsgenehmigung“, so Gulich. Und: „Es ist für uns schwer nachvollziehbar, dass ausgerechnet jetzt, wo wir unsere Anlagen zurückbauen möchten und damit aus unserer Sicht den gesellschaftlichen Willen umsetzen, wieder Steine in den Weg gelegt bekommen.“ Dennoch ist der Betreiber von den Plänen zum Rückbau überzeugt: „Wir haben keinen Zweifel daran, dass die Genehmigung rechtmäßig ist, und sind zuversichtlich, dass sie auch vor Gericht Bestand haben wird“, ist sich Standortleiter Sebastian Wittmann sicher.